

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind mit unserem Landesparteitag und der Landesdelegiertenkonferenz in Dortmund erfolgreich in die entscheidende Phase des Wahlkampfes gestartet. Die ganze Atmosphäre in der Westfalenhalle hat deutlich gemacht: Die Partei ist motiviert und will die SPD wieder zur stärksten Kraft in Nordrhein-Westfalen machen. Wir haben alle Chancen, bei der Landtagswahl am 9. Mai erfolgreich zu sein, denn wir geben mit unserem Wahlprogramm die richtigen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Ich bin stolz auf dieses Programm – nicht zuletzt, weil es das Ergebnis eines Prozesses ist, an dem sich viele Genossinnen und Genossen aktiv beteiligt haben. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Wir setzen uns für bessere Bildungschancen ein. Deshalb sollen Kinder in der Gemeinschaftsschule in kleineren Klassen länger gemeinsam lernen. Wir wollen Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Es muss Schluss sein mit dem Missbrauch bei der Leih- und Zeitarbeit. Wir wollen flächendeckende Mindestlöhne und eine Ausbildungsgarantie. Wir wollen den Städten und Gemeinden wieder finanzielle Spielräume eröffnen sowie Sicherheit und Teilhabe auch und gerade für Menschen im hohen Alter. In der Energiepolitik setzen wir auf unsere heimische Stein- und Braunkohle und auf einen wachsenden Anteil an erneuerbaren Energien. Wir stehen zum Atomausstieg. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Auf dem Parteitag haben wir gemeinsam mit unserem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel eine bundesweite Kampagne gegen die unsoziale schwarz-gelbe Kopfpauschale im Gesundheitswesen gestartet. Wir in Nordrhein-Westfalen werden verhindern, dass Bezieher von niedrigen Einkommen mit den gleichen Kosten belastet werden wie Besserverdiener. Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Und wir wollen ein Gesundheitssystem, in dem die Kosten gerecht auf alle Schultern verteilt werden.

Es geht also um viel am 9. Mai. Lasst uns in den kommenden Wochen gemeinsam und selbstbewusst für unsere Ziele werben. Damit es in Nordrhein-Westfalen wieder gerechter zugeht.

Eure Hannelore Kraft



Foto: GPM

EIN GERECHTES SCHULSYSTEM GIBT ES NUR MIT DER SPD

Von Michael Groschek, Generalsekretär der NRWSPD

Das Thema Bildung spielt in unserem Landtagswahlkampf eine herausragende Rolle. Unsere Kinder sind der größte Schatz, den wir haben. Für ihre gute Zukunft arbeiten wir. Deshalb werden wir nach einem Erfolg bei der Landtagswahl am 9. Mai vor allem in Bildung investieren. Wir brauchen mehr Betreuungsplätze für die Kleinen. Wir wollen Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Und wir wollen vor allem ein gerechtes Schulsystem.

Das Schulsystem muss durchlässiger werden und Aufstieg wieder möglich machen. Wir stehen für längeres gemeinsames Lernen und kleinere Klassen in der Gemeinschaftsschule. Nur die CDU in NRW will an der Schubladenschule festhalten. Auch künftig sollen unsere Kinder schon mit neun Jahren schulisch einsortiert werden. Statt mit Argumenten zieht sie mit billiger Plakatpolemik in den Wahlkampf. Selbst die FDP, der Koalitionspartner in Düsseldorf, hat sich jetzt vom dreigliedrigen Schulsystem verabschiedet. Nur die CDU hält aus rein ideologischen Gründen an der Hauptschule fest, obwohl diese trotz der guten Arbeit, die dort geleistet wird, immer weniger Akzeptanz findet.

Für die NRWSPD ist klar: Mit dem gegenwärtigen Schulsystem sind soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und eine hohe Bildungsbeteiligung nicht zu erreichen. Wir erhalten überall in NRW ein weiterführendes Schulangebot mit unserer Gemeinschaftsschule. Sie hilft auch, mehr Kinder zu besseren Schulabschlüssen zu führen. Das ist gut für uns alle. Denn gut qualifizierte Menschen stärken auch den Wirtschaftsstandort. ■

MUTIG – HERZLICH – GERECHT

AM 26./27. FEBRUAR FANDEN IN DORTMUND DER LANDESPARTEITAG UND DIE LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER NRWSPD STATT

Deutlicher konnte das Votum kaum ausfallen: Mit 99,04 Prozent der Stimmen bestätigten die Delegierten Hannelore Kraft auf dem Landesparteitag als Vorsitzende der NRWSPD. Zuvor hatte Kraft in einer engagierten Rede deutlich gemacht, warum es am 9. Mai einen Regierungswechsel in NRW geben muss. „Erfolgreich, sozial, gerecht – das ist unser Zukunftskonzept für Nordrhein-Westfalen“, rief sie unter dem Applaus der Delegierten. Als Krafts Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden Britta Altenkamp, Jochen Ott und Ute Schäfer bestätigt. Birgit Fischer trat nicht wieder für dieses Amt an. Ihren Platz wird künftig Marc Herter einnehmen. Komplettiert wird der engere Landesvorstand von Michael Groschek als Generalsekretär und Norbert Römer als Schatzmeister.

Mit ihrem Wahlprogramm, das nach den Vorstandswahlen diskutiert und verabschiedet wurde, zeigt die NRWSPD klare Alternativen zur Politik der schwarz-gelben Landesregierung auf. Längeres gemeinsames Lernen in der Schule, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni, starke und handlungsfähige Kommunen, gute Arbeit mit Löhnen, von denen die Menschen auch wirklich leben können sowie die Verbindung von ökonomischer Vernunft, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung – dafür steht die NRWSPD. Kernanliegen ist es, den so-



Genossinnen und Genossen aus Mülheim gratulierten Hannelore Kraft zu ihrer Wiederwahl als Landesvorsitzende.

zialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Das Land gerechter und menschlicher zu machen, das sei der Auftrag der SPD, sagte Kraft auch in ihrer Rede.

Sigmar Gabriel, der in Dortmund als Redner zu Gast war, ließ keinen Zweifel daran, dass Hannelore Kraft am 9. Mai die Wahl gewinnen wird: „Von NRW lernen heißt siegen lernen“, erklärte der SPD-Vorsitzende. Auf der anschließenden Landesdelegiertenkonferenz verabschiedeten die Delegierten die Landesliste. Mit 100 Prozent der Stimmen wurde Hannelore Kraft zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl gewählt. ■



„Von NRW lernen heißt siegen lernen“, sagte Parteichef Sigmar Gabriel in seiner Rede.

AUS DEM MEDIENLAND NRW EIN MEDIENKOMPETENZLAND NRW MACHEN

SPD DISKUTIERT ÜBER MÖGLICHKEITEN UND RISIKEN DES INTERNETS

Rund 300 Gäste kamen am 4. März in Köln zusammen, um über das Thema „Unsere Rechte in der vernetzten Gesellschaft“ zu diskutieren. Die sozialdemokratische Fraktion des Europäischen Parlaments hatte zu dieser Ver-



Foto: bilderbox/Fotolia.com

anstaltung eingeladen. Nach einer kurzen Begrüßung von Bernhard Rapkay, Sprecher der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, stellte Hannelore Kraft die netzpolitischen Positionen der NRWSPD zur Landtagswahl vor.

Das Sperren von Internetseiten sei kein taugliches Mittel, so die Vorsitzende der NRWSPD. Stattdessen bräuchte man eine konsequente Strafverfolgung im Missbrauchsfall. Für einen sinnvollen Kinder- und Jugendschutz gelte das Gebot „Löschen statt Sperren“. Der Applaus des Publikums war ihr nicht nur für diese Aussage sicher. Auch die weiteren Kernanliegen aus dem sozialdemokratischen Wahlprogramm kamen gut an. Die gesetzliche Verbesserung des betrieblichen Datenschutzes oder die Förderung der Verbreitung von Open-Source-Produkten liegen der NRWSPD ebenso am Herzen wie die Entwicklung einer datenschutzfreundlicheren Verbraucherpolitik. Hannelore Kraft sprach darüber hinaus an, dass verstärkt auf den Ausbau einer geeigneten Infrastruktur geachtet werden müsse: „Der Aufbau eines wirklich flächendeckenden, breitbandigen Netzes ist für uns einer der wesentlichen Punkte.“ Klares Ziel sei es, aus dem Medienland NRW das Medienkompetenzland NRW zu machen.

Die im Anschluss geführte Podiumsdiskussion verdeutlichte noch einmal, welche Möglichkeiten, aber auch welche Risiken das Netz mit sich bringt. Marc Jan Eumann, Björn Böhning, Franziska Heine, Matthias Groote und Nico Lumma diskutierten lebhaft Fragen aus der aktuellen Netzpolitik. Die von Valentin Tomaschek moderierte Runde war zudem per Livestream im Netz mitzuerfolgen und konnte anhand von Fragen, die auf einer extra eingerichteten Twitter-Wall erschienen, interaktiv mitgestaltet werden.

Deutlich wurde: Eine Fortsetzung der Debatte ist absolut notwendig. Oder wie Birgit Sippel, MdB, in ihrem Schlusswort formulierte: „Das war nur der erste Aufschlag“. ■



MÜNSTER SIEHT ROT!

MIT ROTEN AUSRUFZEICHEN MACHT DIE SPD-MÜNSTER AUF DIE MISERABLE POLITIK DER LANDESREGIERUNG AUFMERKSAM

Sie sind nicht zu übersehen. Wer in diesen Tagen durch Münster läuft, wird auf die zahlreichen roten Ausrufezeichen aufmerksam, die im ganzen Stadtgebiet verteilt sind. Hintergrund ist eine Aktion der SPD Münster, die auf die verheerende Politik der CDU/FDP-Landesregierung hinweisen möchte. Denn die Bilanz von Schwarz-Gelb ist mehr als erschreckend. CDU und FDP haben Studiengebühren eingeführt, die landeseigenen LEG-Wohnungen verscherbelt und die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst beschnitten. Sie haben bei den „Kurzen“ gekürzt und in der Schulpolitik nichts als Chaos angerichtet. Die Finanznot unserer Städte und Gemeinden hat sich dramatisch verschärft.

Darauf hat die SPD Münster reagiert. Überall dort, wo sich die schwarz-gelbe Landespolitik in Münster negativ auswirkt, werden die großen roten Ausrufezeichen angebracht. Vor Schulen, Kindergärten, vor Uni-Gebäuden, vor (ehemaligen) Verwaltungsstandorten usw. Bisher sind es genau tausend Plakate mit Ausrufezeichen, die im ganzen Stadtgebiet aufgehängt wurden. „Eine schrecklich beeindruckende Zahl“, sagt Dr. Anna Boos, SPD-Landtagsabgeordnete aus Münster.

Die Aktion ist bisher sehr erfolgreich. „Es ist toll, dass neben Genossinnen und Genossen auch viele Bürgerinnen und Bürger ohne Parteibuch aktiv mitmachen“, berichtet Svenja Schulze, ebenfalls Landtagsabgeordnete der SPD aus Münster. „Sie machen Vorschlä-

ge, wo weitere Ausrufezeichen angebracht werden sollten.“ Nach kurzer Prüfung durch die SPD lässt dann das neue Ausrufezeichen nicht lange auf sich warten.

Auch im Internet ist die Initiative präsent. Unter www.rotes-ausrufezeichen.de findet sich eine Karte mit den Orten, an denen man die Plakate finden kann. Dazu gibt es dann die passenden Erklärungen, was genau an jenen Plätzen in den vergangenen fünf Jahren falsch gelaufen ist. Außerdem besteht die Möglichkeit, neue Punkte hinzuzufügen und so auf weitere Missstände aufmerksam zu machen. ■

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER AUSSIEDLER UND MIGRANTEN IN DER NRWSPD GEGRÜNDET

Im November 2009 haben sich sozialdemokratische Aussiedlerinnen und Aussiedler und Migrantinnen und Migranten aus NRW getroffen, um sich in einem Verein zu organisieren. Ziel des Vereins ist die Förderung gleichberechtigter Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am gesamten gesellschaftlichen Leben.

Der „Bund Sozialdemokratischer Aussiedler und Migranten in der NRWSPD e.V. (BSA NRW e.V.)“ versteht sich als Plattform zur Vermittlung sozialdemokratischen Gedankenguts. Der gemeinnützige Verein möchte politisches Bewusstsein schaffen und die politische Partizipation fördern. Dafür gilt es, ein soziales Netzwerk zu Vereinen und Verbänden, Migrantenselbsthilfe-Organisationen und Religionsgemeinschaften zu schaffen. Darüber hinaus möchte der Verein die NRWSPD bei allen Integrationsbemühungen, insbesondere in den Belangen der Aussiedlerinnen und Aussiedler, unterstützen. Ein Beratungsangebot für die Zielgruppe, idealerweise in den Muttersprachen, wird angestrebt.

Bei der Gründungsversammlung nahmen neben dem Landesvorstandsmitglied Apostolos Tsalastras auch Ingrid Hack, Landtagsabgeordnete aus Köln, sowie elf Genossinnen und Genossen aus den vier Regionen des Landesverbandes teil. Zum ersten Vorsitzenden wurde Dimitri Rempel aus Köln, zu seiner Stellvertreterin Yulia Zaslavsky aus Duisburg gewählt. Der Arbeitskreis Migration und Integration des Landesverbandes freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem BSA. Bereits im Sommer 2009 hat der Arbeitskreis mit seinem Arbeitspapier „Aussiedler und SPD“ Rahmenbedingungen und Zielsetzung einer Zielgruppenarbeit dargelegt.

Ansprechpartner für Fragen und Anregungen ist

Dimitri Rempel: Tel.: 0179/1337686, zmo@atlant-koeln.de



DIE NRWSPD GRATULIERT IM APRIL...

... ZUM GEBURTSTAG

- 100 Jahre** Erich Meltzow
- 99 Jahre** Friedrich Brauner
Martha Nitsche
- 98 Jahre** Otto Böhme
- 97 Jahre** Elfriede Baumann
Frida Begemann-
Bongartz
Else Biedermann
Josef Dankwart
Berta Zwingelberg
- 96 Jahre** Felix Chlebowski
Hermann Fabian
Stefanie Hansen
Karl Johannsmeier
Elli Schmitz
- 95 Jahre** Luise Braun

- 95 Jahre** Josef Gerdes
Marianne Gottschalk
Herta Meyer
Wilhelm Rabert
Hilde Scharfe

... ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 60 Jahre** Josef Goetzenich
Willi Kersting
Heinz Kritzen
Adolf Monhof
Willy Mueller
Wennemar Wurm
- 55 Jahre** Magdalene Hustert
Günther Lemke
K. Friedr. Reinert
- 50 Jahre** Wolfgang Armbruster
Richard Arns
Hubert Becker
Christel Blizil
Hans Buddenberg
Ortrun Froehling
Helmut Henne
Rosemarie Henne
Paul Hollmann
Frieda Korbach
Günter Lebeda
Hans-Walter Nau
Hilmar Rauhe
Karl-Josef Thören



JÜRGEN COßE VIZE-CHEF DES PARTEIRATES

Jürgen Coße ist am 22. Februar 2010 mit 86,3 Prozent zum stellvertretenden Vorsitzenden des Parteirates der SPD auf Bundesebene gewählt worden. Die Wahl in die SPD-Führungsebene erfolgte auf Vorschlag der NRWSPD und deren Vorsitzender Hannelore Kraft. Der 40-jährige Münsterländer ist auch stellvertretender Landrat des Kreises Steinfurt und Vizepräsident der EUREGIO. ■

ORTSVEREIN UBBEDISSEN FEIERT 100. GEBURTSTAG

Ein traditionsreicher Ortsverein in der SPD feiert einen runden Geburtstag: Dieses Jahr wird der Ortsverein Bielefeld-Ubbedissen 100 Jahre alt. Ein wahrer Grund zum Feiern! **Am 18. April lädt der Ortsverein zur „Geburtstagsfeier“ ein.** Der Bielefelder Oberbürgermeister Pit Clausen wird eine Festrede halten und langjährige Mitglieder ehren. Anschließend ist ein gemütliches Beisammensein geplant, bei dem auch für das leibliche Wohl der Gäste gesorgt ist. Für Musik sorgt der örtliche Gesangsverein. ■

BILDUNG DES GRAUENS

JUSOS IM KREIS WESEL PROTESTIEREN GEGEN CDU/FDP-BILDUNGSPOLITIK

Mit einem eigenen Wagen nahmen die Jusos im Kreis Wesel am diesjährigen Karnevalsumzug im niederrheinischen Voerde teil. Unter dem Motto „Bildung des Grauens“ und ausgestattet mit „schrecklichen“ Kostümen protestierten sie gegen die Bildungspolitik von Rüttgers, Sommer & Co. „Wenn auf 9 Absteiger im Schulsystem nur 1 Aufsteiger kommt, ist das ein Skandal, auf den man aufmerksam machen muss“, erklärt Saskia Lukassen, stellvertretende Juso-Vorsitzende im Kreis Wesel. „Studiengebühren, Turbo-Abi und zu wenig Ganztags-Betreuung verhindern, dass jedes Kind eine Chance bekommt“, meint auch ihre Kollegin Ines Susen. Anstatt einer „Bildung des Grauens“ wollen die Jusos daher „Kraft für die Bildung“. ■

www.nrwspd.de

Wahlkampfauftakt

Samstag, 10. April 2010, Philipshalle Düsseldorf
Einlass: 13 Uhr, Beginn: 14 Uhr, Eintritt frei

Live-Musik:
*Culcha Candela,
 Power! Percussion,
 Best of NRW-Musicals*

Live-Politik:
*Hannelore Kraft, Kurt Beck,
 Manuela Schwesig, Jens Böhrnsen,
 Erwin Sellering, Klaus Wowereit*

V.i.S.d.P.: SPD Landesverband Nordrhein-Westfalen, Michael Groschek, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf